



Fünf statt sieben: FDP/FB-Fraktion will, dass Stadtspitze den Gürtel enger schnallt

Nicht nur Dresdens Oberbürgermeister wird in diesem Jahr neu gewählt, sondern auch die Fachbürgermeister. Für sechs der sieben Beigeordneten endet 2015 die Amtszeit. Allein Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann ist noch bis 2016 im Amt. Genau wie der künftige OB werden auch die Beigeordneten für sieben Jahre gewählt. Die Stellenausschreibung erfolgt in den nächsten Wochen. Damit ist – auch nach Ansicht der FDP/FB-Fraktion – jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, um über die zukünftige Ausrichtung der Geschäftsbereiche zu entscheiden und eine echte Verwaltungsreform einzuleiten. Mit einem konkreten Vorschlag bringt sich die Fraktion in die aktuelle Debatte ein und spricht sich klar gegen das von CDU, Linken, SPD und Grünen offensichtlich angestrebte Postengeschacher aus.

Mehr dazu lesen Sie auf Seite 3.

Den Bürgerwillen mit Füßen getreten

Linke, SPD, Grüne und Piraten lehnen Bürgerbegehren zu verkaufsoffenen Sonntagen ab

Fünf Jahre hat die FDP-Fraktion in der vergangenen Legislatur dafür gekämpft, dass Dresden die vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten voll ausschöpft und dem Einzelhandel endlich vier stadtweite verkaufsoffene Sonntage gewährt. 2014 war es schließlich geschafft. Doch tausende Kunden in den Geschäften und viele zufriedene Händler waren für die linksgrüne Mehrheit im Stadtrat offensichtlich kein Beweis, wie gefragt diese Option ist. Am 12. Dezember 2014 beschloss sie, dass es 2015 keinen einzigen stadtweiten verkaufsoffenen Sonntag in der Landeshauptstadt geben soll und verkündete, dass es auch zukünftig keine mehr geben wird.

Bürgerstimme e.V. formiert sich

Daraufhin formierte sich im Januar – initiiert von FDP, CDU und Freien Bürgern und unterstützt vom Handelsverband, dem Citymanagement, der IHK, dem Tourismusverband und der Dehoga –

der Verein Bürgerstimme Dresden e.V. Am 30. Januar meldete dieser offiziell ein Bürgerbegehren zur Wiedereinführung von vier stadtweiten verkaufsoffenen Sonntagen an und sammelte anschließend in Rekordzeit mehr als 27.000 Unterstützungsunterschriften. Auch wenn die Stadtverwaltung zwischenzeitlich rund 5.000 Unterschriften für ungültig erklärte, wurde mit 22.822 gültigen Unterschriften das notwendige Quorum für die Durchführung eines Bürgerentscheids erreicht und überschritten.

Linksgrün greift in Trickkiste

„Doch sobald Linksgrün ein Thema nicht passt, wird ganz tief in die juristische Trickkiste gegriffen und Bürgerbeteiligung bis zur Undurchführbarkeit verkompliziert“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. Kurzerhand wurde erklärt, dass die notwendige Unterschriftenanzahl zu spät eingereicht worden sei. In der Stadt-

ratssitzung Mitte April wurde das Bürgerbegehren mit 35 Stimmen des linksgrünen Blocks (Linke, SPD, Grüne und Piraten) als unzulässig abgelehnt. 32 Räte (CDU, FDP/FB, AfD sowie Fraktionslose) hatten sich für einen Bürgerentscheid eingesetzt. Auch die Initiierung eines Ratsbegehrens lehnte Rot-Rot-Grün ab. „Obwohl alle Parteien unisono in Wahlprogrammen und Sonntagsreden von mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie, von Mitbestimmung, Partizipation und Teilhabe sprechen, tun Linke, Grüne, SPD und Piratenpartei in Wahrheit nichts dafür“, verdeutlicht Zastrow. Er sieht es als fatalen Fehler an – gerade in Dresden und gerade jetzt –, den Bürgerwillen so offensichtlich zu ignorieren. „Linksgrün hat gezeigt, dass es in den vergangenen Monaten, in denen in Dresden Tausende vor allem auch für Volksentscheide und direkte Demokratie auf die Straße gegangen sind, nichts verstanden hat. Man hat die Chance vertan,



mit einem Bürgerentscheid am 7. Juni eine Brücke zu den Dresdenern zu bauen, die mitreden und mitgestalten wollen. Der Kollateralschaden für Dresden wird enorm sein und sich in noch mehr Distanz zur gegenwärtigen Politik niederschlagen“, ist er sich sicher.

Überzeugung passé

Für die FDP/FB-Fraktion macht die Entscheidung von Linksgrün zudem zwei weitere Dinge klar sichtbar: Die linke Einheitsfront

steht zum einen notfalls auch gegen die eigenen Überzeugungen. Zum anderen haben vor allem Grüne und Piraten ihre politischen Überzeugungen für Posten und Macht endgültig über Bord geworfen. „Wahlaussagen wurden hier gleich reihenweise gebrochen“, stellt Zastrow kopschüttelnd fest. „Wie auch immer die Diskussion um das Bürgerbegehren weitergeht, über Bürgerbeteiligung braucht Linksgrün im Stadtrat nie wieder zu sprechen.“

Stauffenbergallee: Zu holprig für den Bus

FDP/FB-Fraktion kritisiert die trotz Landesbehörde und steigender Anwohnerzahl schlechte ÖPNV-Anbindung

Die Polizeidirektion Dresden, die Polizeiverwaltung und die Bereitschaftspolizei sowie seit Mitte Januar das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LaSuV) sind hier bereits ansässig. Auch immer mehr Wohnungen sind in den vergangenen Jahren entstanden. Das Areal um die Stauffenbergallee-West entwickelt sich also bestens. Von der Stauffenbergallee-West selbst kann das jedoch nicht behauptet werden.

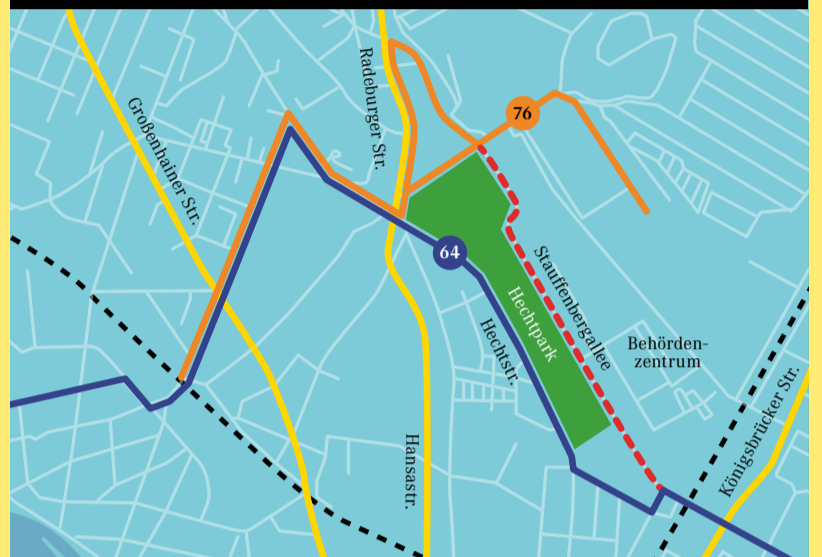


Holger Zastrow vor dem LaSuV: Die Stadt muss an der Stauffenbergallee endlich handeln.

Denn obwohl sich die Anzahl der Landesbediensteten in den kommenden Monaten bei über 1.200 einpegeln wird und es darüber hinaus zahlreiche Anwohner gibt, ist es um die ÖPNV-Anbindung schlecht bestellt. Seit Anfang Januar verkehrt die Linie 76 vom Haltepunkt Pieschen bis zur JVA tagsüber zwar immerhin mit Midi-Bussen und nicht mehr nur als Anruflinientaxi. Zudem soll die Haltestelle Fabricestraße näher an den Knotenpunkt Stauffenbergallee/Hammerweg gelegt werden. Weitere Haltestellen entlang der Stauffenbergallee oder eine direkte Busverbindung in Richtung Neustadt gibt es aber nicht und wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben, wie FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow auf Anfrage bei Oberbürgermeisterin Helma Orosz erfuhr. Die pikante Begründung: der schlechte Zustand, in dem sich die Stauffenbergallee-West befindet. „Die Verbindung in Richtung Königsbrücker Straße erfolgt erst nach dem grundhaften Ausbau der Stauffenbergallee“, so Orosz. Damit bleibt die Linie 64, die südlich des Hechtparks verkehrt, die nächstgelegene Anbindung.

Fassungslos zeigt sich Zastrow über die Aussage der Oberbürgermeisterin: „Während tausende Autofahrer täglich über diese Holperpiste fahren müssen, ist das für die Busse der DVB offensichtlich nicht zumutbar. Seit Jahren kämpfen wir für die Sanierung der Stauffenbergallee-West, die auch im gesamten Verkehrszug Waldschlößchenbrücke und bei der Anbindung an die A4 eine zentrale Rolle spielt. Bereits im von FDP und CDU beschlossenen Haushalt 2011/2012 wurden dafür Planungsgelder in Höhe von 200.000 Euro eingestellt.“ Doch obwohl die Stadtverwaltung damals damit beauftragt wurde, unverzüglich die Planungen zum Ausbau der Stauffenbergallee-West vorzulegen, ist das bis heute nicht geschehen. Mehrfach hakte der damalige FDP-Stadtrat Matteo Böhme in den vergangenen Jahren bei der Oberbürgermeisterin nach, zuletzt im Januar 2014. Doch er wurde stets nur vertröstet. Zuletzt wurde angestrebt, dem Stadtrat die Planungsvarianten zur Beschlussfassung am 27. März 2014 vorzulegen. „Doch auch ein reichliches Jahr später ist das noch nicht passiert. Umso

Ist-Zustand: Die Stauffenbergallee-West ist nur mangelhaft ans ÖPNV-Netz angeschlossen.



dreister ist es, dass der aufgrund der Verzögerungen in der Verwaltung immer noch desolate Zustand der Stauffenbergallee-West jetzt als Begründung für eine fehlende Busverbindung angebracht wird“, ärgert sich Zastrow. „Dabei läge das Geld für die Planungen immer noch bereit.“ Zudem hat Rot-Rot-Grün mit einem Begleitbeschluss – zusätzlich zu den einst bereits von FDP und CDU veranschlagten und

zurückgestellten Planungsmitteln – noch einmal 200.000 Euro im aktuellen Haushalt eingestellt. Damit stehen einschließlich Ausgaberesten mittlerweile 457.000 Euro für entsprechende Planungen bereit. Doch am Zustand der Stauffenbergallee und ihrer Anbindung an den ÖPNV ändert das wenig, so lange die Verwaltung im Stadtrat nicht endlich eine entsprechende Beschlussvorlage einbringt.

Kulturhauptstadt 2025: Dresden der Zukunft gestalten

Endlich geht es los: Anfang Januar hat Oberbürgermeisterin Helma Orosz unter dem Motto „Dresden – Kultur der Zukunft“ den Auftakt zu Dresdens Bewerbung als Kulturhauptstadt 2025 gegeben und damit begonnen, den auf Initiative von FDP und SPD gefassten Stadtratsbeschluss in die Tat umzusetzen. Als erster Schritt ist die Gründung eines Initiativkreises aus Dresdner Wissenschaftlern und Kulturschaffenden erfolgt, dem

u.a. bereits Christian Thielemann (Chefdirigent Sächsische Staatskapelle Dresden), Prof. Hans Müller-Steinhagen (Rektor TU Dresden), Prof. Jason Beechey (Rektor Palucca-Schule Dresden) und Prof. Hartwig Friedrich (Generaldirektor Staatliche Kunstsammlungen Dresden) angehören.

Aufgabe des derzeit wachsenden Initiativkreises soll es sein, „eine breite Öffentlichkeit für das Thema

zu schaffen und den Kulturbegriff für eine erfolgreiche Bewerbung weiter zu fassen, als er derzeit öffentlich wie politisch verwandt wird“, so die Stadt Dresden. Gerade Letzteres ist auch für FB-Stadtrat Franz-Josef Fischer ein zentraler Punkt: „Die Bewerbung muss vor allem als Chance und Aufforderung an die jüngere Generation begriffen werden, ihr Dresden der Zukunft zu gestalten.“ Daher gehören für Fischer auch frische Ge-

sichter und Persönlichkeiten aus allen Bereichen in die Gremien. Als Vorbild benennt er Marseille, europäische Kulturhauptstadt 2013. „Wie von der südfranzösischen Metropole vorgelebt, muss ein solcher Titel insbesondere für Architekten, Stadtplaner und junge Kreative Ansporn sein, sich über die Gestaltung von Räumen und Plätzen und moderne architektonische Akzente im Stadtbild Gedanken zu machen.“

Gemeinsam gilt es nun, ein tragfähiges Konzept mit Alleinstellungsmerkmalen für Dresden zu erarbeiten. Dabei drängt Fischer – mit Blick auf den einstimmigen Ratsbeschluss – auch auf eine angemessene und frühzeitige Einbindung des Stadtrates. Bis 2019 muss die sächsische Landeshauptstadt ihre Bewerbungsunterlagen beim Bund einreichen. Auch Magdeburg, Mannheim und Leipzig haben bereits ihr Interesse signalisiert.

KURZNACHRICHTEN

Rien ne va plus: Nichts geht mehr in der Leipziger Vorstadt

Nachdem die neue Mehrheit von Linken, SPD und Grünen bereits im Januar mit einem Beschluss dem Projekt Marina Garden den Kampf angesagt hatte, wurde diese aus Sicht der FDP/FB-Fraktion investorenfeindliche Politik im April noch weiter vorangetrieben. Da der Januar-Beschluss auf Veranlassung der Landesdirektion korrigiert werden musste, hat Linksgrün nun gleich die Überarbeitung des Masterplans für die gesamte Leipziger Vorstadt beauftragt. Wer sich mit der Erstellung von Masterplänen und B-Plänen ein wenig

auskennt, weiß, dass damit alle Projekte in dem Gebiet auf Jahre hinaus blockiert werden. Allein die Erstellung des Masterplans kann bis zu zwei Jahre dauern. Erst danach können weitere konkretere Planungen vorgenommen werden. Darüber kann auch ein Placebo der SPD nicht hinwegtrösten, wonach im September die neuen B-Pläne vorgelegt werden sollen. Dies betrifft vor allem das Projekt Hafencity. Die Investoren in der gesamten Leipziger Vorstadt müssen nun mit dieser Hängepartie, die an Schikane grenzt, umgehen.

Ausgestaltung der Busmannkapelle

Die Busmannkapelle soll als Gedenkstätte für die Sophienkirche das Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer der Bombenangriffe des 13./14. Februars 1945 in Dresden werden. So hat es der Stadtrat auf Antrag von FDP und CDU vor über zwei Jahren beschlossen. Nach langer Verzögerung fand am 21. Februar nun endlich das Kolloquium zur konkreten Ausgestaltung der Kapelle statt. Ziel ist es nach wie vor, die Gedenkstätte als stillen Ort der Andacht und des individuellen Gedenkens an die vielen tausend Toten der Bombenangriffe zu prägen.

Für einen Lustgarten zur BRN 2015

Am dritten Juniwochenende 2015 findet wie jedes Jahr die Bunte Republik Neustadt statt. Doch dem beliebten Veranstaltungsort Lustgarten droht in diesem Jahr das Aus, da die bisherigen Flächen bebaut werden und nicht mehr zur Verfügung stehen. Im April-Stadtrat stimmte die FDP/FB-Fraktion daher dafür, dass der Verein Kultur Aktiv e.V. stattdessen die Fläche des alten Russensportplatzes am Alaunpark nutzen kann, um dort den Lustgarten mit Bühne und internationalem Programm zu eröffnen.

Planungen zur Oskarstraße beenden

Erneut wurden Planungen zur Straßenbahnverlegung in die Oskarstraße vorgelegt, obwohl das rund zehn Millionen Euro teure Projekt in den kommenden vier Jahren nicht im Doppelhaushalt vorgesehen ist. „In der aktuellen Situation wäre es geboten, die Pläne endlich zu beerdigen und nicht noch mehr Planungsmittel für ein überdimensioniertes Projekt, welches durch die Bürger abgelehnt und für das es absehbar keine Gelder geben wird, zu verschwenden“, übt FDP-Stadtrat Jens Genschmar Kritik.

„Wir sind doch keine Bananenrepublik“

FDP/FB-Fraktion ohne Verständnis für rot-rot-grüne Pläne zur Besetzung der Bürgermeisterposten

Nur alle sieben Jahre – sprich immer dann, wenn die Fachbürgermeisterposten neu besetzt werden – hat Dresden eine echte Chance, die Strukturen an der Verwaltungsspitze auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls zu reformieren. 2015 bestünde einmal mehr diese Möglichkeit. Doch für Linke, SPD und Grüne ist es offensichtlich wichtiger, möglichst viele der eigenen Leute mit Ämtern zu versorgen. Gesprächsbereitschaft, über eine Verschlingung der Strukturen nachzudenken, gibt es jedenfalls keine. Man will weiterhin an sieben Fachbürgermeistern festhalten. Selbst der Minimalkompromiss der Oberbürgermeisterin (sechs statt sieben Beigeordnete) wurde ignoriert.

Für die FDP/FB-Fraktion ist das der völlig falsche Weg. Bereits vor der Stadtratssitzung im April legte sie einen eigenen Vorschlag über die zukünftige Ausrichtung der Dresdner Verwaltungsspitze vor. Die Entscheidung über die Ausschreibung der städtischen Bürgermeisterstellen trifft der Stadtrat im Mai. „Für uns steht

eine klare und zukunftsfähige Verwaltungsstruktur mit hervorragend qualifizierten Dezernenten im Vordergrund“, macht FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow deutlich. Ginge es nach seiner Fraktion, würde es zukünftig nur noch fünf statt sieben Beigeordnete in der sächsischen Landeshauptstadt geben: Finanzen und Verwaltung / Ordnung und Sicherheit / Bildung, Soziales, Gesundheit und Sport / Stadtentwicklung, Umwelt und Bau / Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. „Damit könnten Synergien sinnvoll genutzt werden und die Stadt jährlich eine Million Euro sparen. Gerade auch mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage ist es richtig und wichtig über eine Verkleinerung der Stadtspitze nachzudenken“, so Zastrow. „Doch was macht Rot-Rot-Grün? Für 2015 haben sie sieben Millionen Euro und für 2016 sogar neun Millionen Euro im Personaletat, also bei den Sachbearbeitern der Stadt, gekürzt. Das sind genau die Stellen, die jetzt im Sozialamt fehlen und von den Grünen scheinheilig beklagt werden.“



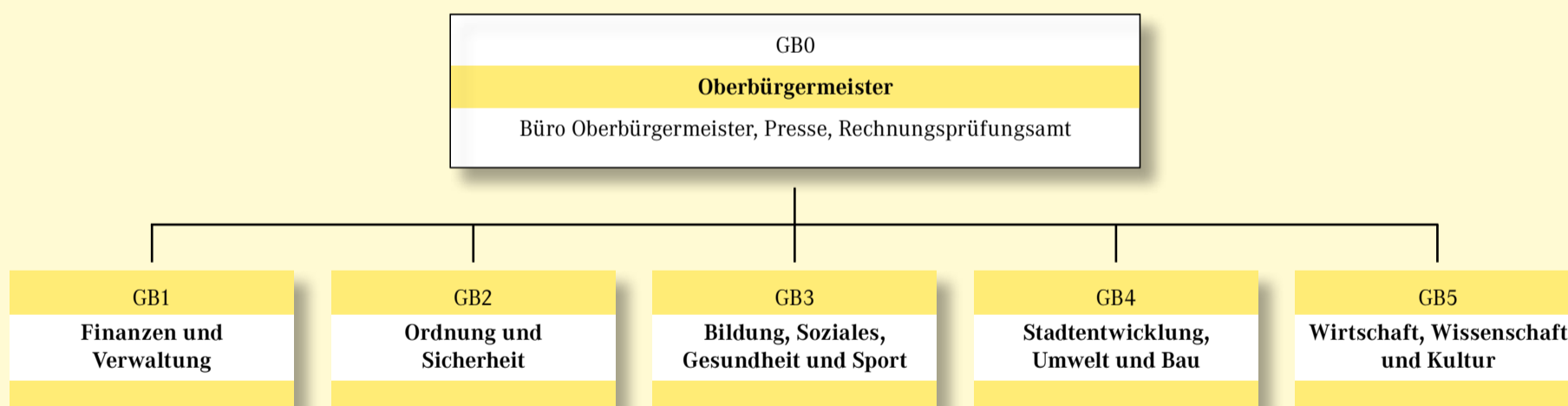
Doch nicht nur bei der Anzahl der Beigeordneten, auch bei der inhaltlichen Ausrichtung der Geschäftsbereiche trennen FDP/FB und Rot-Rot-Grün zum Teil Welten. „Elementar ist für uns, dass Wissenschaft und Tourismus in einer Stadt wie Dresden zwingend zum Bereich Wirtschaft gehören müssen. Hier eine Trennung vorzunehmen, wie von Linksgrün angedacht, ist schlichtweg falsch. Die großen Kultureinrichtungen sollten in eine Kulturbetriebs

GmbH umgebaut werden. Diese kann dann ebenfalls in diesen Geschäftsbereich, der sich quasi um die Kommunalwirtschaft kümmert, integriert werden“, erläutert Zastrow.

Schwerer als die Tatsache, dass sich Linksgrün einer Debatte über eine Strukturreform verweigert, wiegt nur noch der Fakt, dass es auch die Anforderungen an die Bewerber deutlich reduziert hat. „Es kann nicht angehen, dass hier

Anforderungsprofile fast auf Null herabgesetzt werden, damit linksgrüne Juristen demnächst Verwaltungsjobs erhalten können, für die sie überhaupt nicht qualifiziert sind“, zeigt sich Zastrow fassungslos. „Es ist von entscheidender Bedeutung, wirklich qualifizierte Leute für die auszuschreibenden Stellen zu bekommen. Die Anforderungen müssen klar und deutlich benannt werden. Es ist mehr als eindeutig, dass ein Baubürgermeister, der zukünftig – egal in welcher Variante – neben dem Straßen- und Tiefbauamt auch das Hochbauamt leitet, einen technischen Abschluss haben muss und am besten selbst Planer oder Architekt mit Verwaltungserfahrung ist. Der zukünftige Bürgermeister für Finanzen und Verwaltung muss ein Wirtschaftswissenschaftler sein. Man muss leider den Eindruck gewinnen, dass Rot-Rot-Grün Dresden zu einer Bananenrepublik machen will.“ Besonders enttäuschend: Auch die CDU lässt sich mit zwei Bürgermeisterposten offensichtlich von Linksgrün einkaufen, anstatt für eine Verwaltungsstrukturreform mitzukämpfen.

Grobplanung der FDP/FB-Fraktion zur Neustrukturierung der Dresdner Stadtspitze



KURZNACHRICHTEN

Neue Beherbergungssteuer soll im Mai beschlossen werden

Voraussichtlich im Mai wird der Stadtrat mit den Stimmen von Linken, SPD und Grünen die Einführung der neuen Beherbergungssteuer für Dresden beschließen. Deren Höhe soll abhängig vom Zimmerpreis sein. Bereits in der Stadtratssitzung im April hatte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Christiane Filius-Jehne, noch einmal die Dringlichkeit dieser Entscheidung mit den Worten „Wir brauchen das Geld“ betont. Damit bestätigte sie unbewusst auch die Auffassung der FDP/FB-Fraktion, wonach die neue Steuer benö-

tigt wird, um linksgrüne Haushaltslöcher zu stopfen, die wiederum entstanden sind, weil die neue Ratsmehrheit ausgiebig Wahlgeschenke verteilt hat. „Es ist schon erstaunlich, mit welcher Kreativität Linksgrün versucht, die eigenen Haushaltslöcher zu stopfen und dabei immer neue Steuern erfindet, und zugleich zu sehen, mit welcher Ignoranz man dabei alle Hinweise und rechtlichen Bedenken außer Acht lassen kann“, so der FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow.

In naher Zukunft keine Ortschaftsverfassungen

Eines der Lieblingsprojekte der linksgrünen Mehrheit ist vorerst gescheitert. Die in der Hauptsatzung von SPD, Linken und Grünen ergänzte Einführung von Ortschaftsverfassungen wurde von der sächsischen Landesdirektion gekippt. Gegen diesen Bescheid muss die Stadt Dresden jetzt jedoch auf Beschluss der linksgrünen Ratsmehrheit klagen. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil gilt allerdings die Entscheidung der Rechtsaufsicht. Damit werden die Ortschaftsverfassungen in Dresden nicht vor 2019 eingeführt.

DVB: Anschaffung neuer Busse und Bahnen statt vernünftigem Wirtschaften

Die DVB will in diesem Jahr sämtliche Fahrkartenautomaten an den Haltestellen austauschen sowie neue Busse und Straßenbahnen anschaffen. Zudem sollen neue Straßenbahnlinien in den kommenden Jahren gebaut werden. Dabei ist die DVB ein hoch defizitäres Unternehmen, welches neben zweistelligen Millionenbeträgen an Fördermitteln auch noch einen jährlichen Verlustausgleich von rund 40 Millionen Euro von der Stadt bekommt. „Die Zeiten, in denen wir über immer neue Strecken und einen permanent erneuer-

ten Wagenpark nachgedacht haben, sind vorbei. Der Stadt fehlt an allen Ecken und Enden Geld – für Straßen, Fuß- und Radwege, Schulinvestitionen und den Sport. Der Dresdner ÖPNV hingegen ist bereits heute auf allerhöchstem Niveau und dürfte europaweit an der Spitze stehen. Da ist die Frage legitim, ob weiterhin so viel in die DVB investiert werden muss oder ob es nicht an der Zeit ist, dass die DVB einen größeren Teil selbst erwirtschaften sollte als bisher“, äußert sich Fraktionschef Holger Zastrow.

Haushalt durchgedrückt – Risiken ignoriert

Rot-Rot-Grün verteilt in den kommenden beiden Jahren fleißig Wahlgeschenke

Quasi im Schweinsgalopp haben Linke, SPD und Grüne im vergangenen Dezember ihren Doppelhaushalt 2015/2016 durchgedrückt. Trotz der kurz zuvor bekannt gewordenen Haushaltslücken in erheblichem Umfang hat die neue Ratsmehrheit ihre Wahlgeschenke in den Haushalt hineingeschrieben. Risiken in den kommenden Jahre wurden billigend in Kauf genommen. „Ziel war es ganz offensichtlich, den neuen Doppelhaushalt irgendwie zu beschließen und mit allen Mitteln halbwegs dicht zu bekommen“, äußert sich FDP-Stadtrat Jens Genschmar und warnt zugleich: „Spätestens 2017 wird sich diese Politik rächen.“ Ob der Haushalt in der jetzigen Form überhaupt hält, wird sich erst noch zeigen. Kritikpunkte gibt es aus Sicht der FDP/FB-Fraktion genügend.

Personalausgaben zusammengestrichen

Die geplanten Personalmittel wurden drastisch gekürzt. Nach überschlägiger Rechnung können die nun veranschlagten Gelder nicht einmal die tariflich vereinbarten Steigerungen, zu denen die Stadt verpflichtet ist, abdecken. Damit droht ein personeller Notstand. Nach Aussagen des Kämmers ist es fraglich, ob der Stadtrat mit diesen Personalmitteln im Sommer überhaupt neue Dezernenten wählen kann.

Bettensteuer folgt auf Kurtaxe

Obwohl das Oberverwaltungsgericht in Bautzen die Kurtaxe erst vor wenigen Monaten kassierte und gleichzeitig klarstellte, dass Dresden keine Fremdenverkehrs-gemeinde ist, planen die linksgrünen Parteien bereits eine Ersatzabgabe. Diesmal soll zum Stopfen der Haushaltslöcher eine sogenannte Bet-

miert. Die fiktiven Einnahmen sind trotzdem bereits jetzt fest verplant.

Nächste Wunschliste schon in den Startlöchern

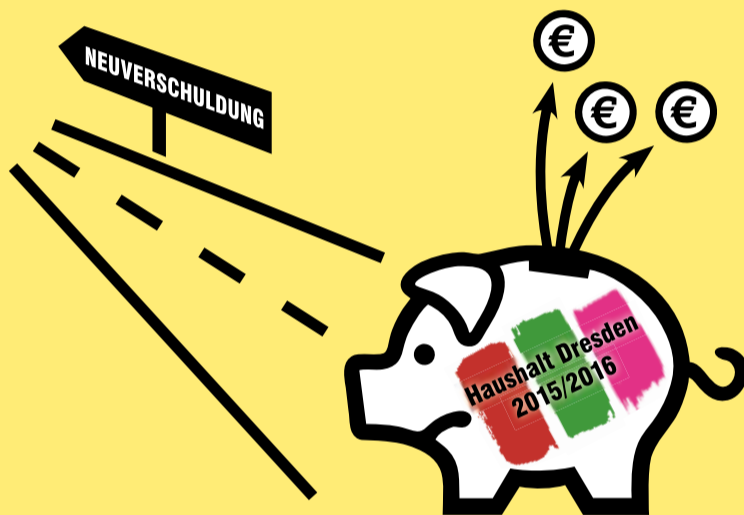
28 Millionen Euro Mehrausgaben hat Rot-Rot-Grün für die eigene Klientel bereits in den städtischen Haushalt hineingeschrieben. Doch obendrauf haben sich die drei Par-

Euro fest, sollten in den kommenden Jahren zusätzliche Gelder gefunden werden.

Wirtschaftsfeindliche Politik

Doch nicht nur, dass sich Linksgrün nach Belieben im städtischen Haushalt bedient und wie üblich vergisst, dass diese Ausgaben auch von jemandem erwirtschaftet werden müssen. Nein, letzterem wird in Dresden nun sogar gezielt entgegengearbeitet. So haben Linke, SPD und Grüne die Entwicklung des Gewerbestandorts Ottendorf gestrichen, den Wissenschaftsstandort Dresden-Ost weiter verschoben sowie Gebühren und Abgaben deutlich angehoben.

„Der erste rot-rot-grüne Haushalt lässt sich sehr einfach zusammenfassen: Klientel- und Symbolpolitik sowie das Abwälzen von Risiken auf folgende Generationen. Der beschlossene Haushalt wird nicht halten, der absehbare Mehrbedarf und die zusätzlichen Ausgaben werden Dresden in zwei Jahren vor beinahe extreme Herausforderungen stellen“, zieht Genschmar ein erstes Fazit. „Es droht die Neuverschuldung und das haben dann nachweislich ausschließlich Linke, SPD und Grüne zu verantworten. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus.“



tensteuer eingeführt werden (siehe Seite 3). Dabei ist auch diese höchst umstritten. Seit Jahren ist bekannt, dass sie rechtlich auf vermutlich noch wackligeren Füßen steht als die Kurtaxe. Der nächste Rechtsstreit scheint damit vorprogram-

miert. Die fiktiven Einnahmen sind trotzdem bereits jetzt fest verplant. 28 Millionen Euro Mehrausgaben hat Rot-Rot-Grün für die eigene Klientel bereits in den städtischen Haushalt hineingeschrieben. Doch obendrauf haben sich die drei Par-



Heute: Zurück zu altem Glanz

Neben dem freien Blick liebt der Dresdner Bürger auch einen schönen Blick, aber der wird oft unvernünftig blockiert. Spazieren Sie mit mir in Gedanken über die Augustusbrücke Richtung Osten. Nach dem Willen der neuen „Regierenden“ wird diese ja bald eine autofreie Brücke, also können wir ganz gemächlich lustwandeln. Unser Blick konzentriert sich auf die beliebteste Figur der Stadt, den Goldenen Reiter. Zunächst sehen wir dessen Rückseite, das Gesäß des Pferdes, und blicken wir nach links und rechts über den Platz, so fühlen wir uns wahrlich verar...! Da passt nichts!

Dabei könnte es so schön sein: Eine Sanierung der linken Seite samt Durchbruch könnte den Blick in die alte Rähnitzgasse öffnen, aber es bleibt bei stupidem Glas und Beton der maroden Plattenbauten. Die rechte Seite des Neustädter Marktes: eine Katastrophe! Verfallene, fast abrisssreife Balkone an den Häuserfassaden und ein Brunnen, der ein Mahnmahl für den 13. Februar 1945 sein könnte. Stattdessen gibt der sogenannte Kugelbrunnen eher ein trauriges Bild ab. Beschäftigt man sich näher mit ihm, erfährt man, dass bereits Flutmittel zu seiner Sanierung eingesetzt wurden – aber nur für die unterirdische Technik. Der Rest des Brunnens – die Einfassung, das oberirdische Leitungssystem und das Brunnenbecken – blieb in defektem Zustand. Unten hui, oben rum: pfui.

So kann es nicht bleiben. Alle Versuche von Vertretern des Stadtrates, die Verwaltung zu einer Verschönerung des Neustädter Marktes aufzufordern, scheiterten mit seltsamen Begründungen. Beliebtestes Wort: „Denkmal-



Ein Bild aus vergangenen Tagen: der sprudelnde Kugelbrunnen auf der rechten Seite des Neustädter Marktes

schutz“. Ja, dann müsste es doch viel schneller möglich sein, uns und unseren vielen Gästen einen schönen Eintritt von der Altstadt in die Neustadt und ihr Barockviertel zu gewähren! Wenn also trotzdem nichts passiert, dann weiß der erfahrene Stadtrat: Hier ist etwas oberfaul. Wollen Sie es wissen? Die Stadtplaner möchten einen großen, neuen Plan über den Neustädter Markt legen. Das wird bei dem Tempo, das in Dresden bei Baufragen bekanntlich an den

Tag gelegt wird, aber Jahre dauern und der Denkmalschutz spielt plötzlich keine Rolle mehr. Unsere Fraktion möchte keinen utopischen Träumen folgen, wir fordern eine schnelle und solide Sanierung der Schönheitsfehler auf dem Neustädter Markt!

Ihr

Franz-Josef Fischer

Aufsichtsratsbesetzung als machtpolitisches Spielchen

DREWAG, ENSO, STESAD, Zoo oder auch das Verkehrsmuseum – in den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen sitzen auch städtische Vertreter. In den vergangenen Legislaturperioden war es dabei eine Selbstverständlichkeit, dass alle Fraktionen an der Kontrolle der städtischen Unternehmen mitgewirkt haben. Doch mit dem jetzt von Rot-Rot-Grün durchgedrückten Besetzungsverfahren werden die beiden kleinsten Fraktionen – FDP/FB und AfD – davon ausgeschlossen. Und das obwohl beide zusammen so viele Sitze haben wie die SPD-Fraktion.

Im Stadtrat haben Linke, SPD und Grüne 37 von 70 möglichen Stimmen und verfügen damit über eine knappe Mehrheit von nur drei Stimmen. In den Aufsichtsräten, in denen die Stadt zumeist nur sechs Sitze für die Stadträte hat, haben sich die drei Fraktionen nun aber eine Zweidrittelmehrheit gesichert – vier Sitze für Rot-Rot-Grün und zwei für die CDU.

„Das ist aus unserer Sicht zutiefst undemokratisch und dient nur dem Machtausbau der neuen Ratsmehrheit. Linke, SPD und Grüne wollen ihre Pfründe sichern, um jeden Preis – auch um den demokratischen Werte“, so FDP-Stadtrat Dr. Thoralf Gebel. „Wir werden das gesamte Verfahren aber in jedem Fall überprüfen und bereiten rechtliche Schritte vor.“

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträtinnen Franz-Josef Fischer, Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de) Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden Tel. 488 2662, Fax 488 2989 E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

Tristan T. (S. 1, 3), Karsten Prauße (S. 4), shutterstock.com/Vektor (S. 4) Postkartenmotiv aus privater Sammlung (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662